

Saarwirtschaft in der Krise – Für 2023 kaum Wachstum in Sicht

IHK: Strukturwandel unterstützen, Standortkosten senken, Investitionen fördern

Das Jahr 2022 hätte zu einem Aufholjahr für die Saarwirtschaft werden können. Darauf deutete zu Jahresbeginn noch alles hin. Die Konjunkturampel stand auf grün. Nicht zuletzt, weil die neue Bundesregierung mehr Fortschritt wagen und damit nach zwei Corona-Jahren wieder neuen Optimismus verbreiten wollte.

Doch der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine führte zu einer Zäsur, in deren Folge die reduzierten Energielieferungen aus Russland zu Unsicherheiten über die Versorgungslage und zu damit einhergehenden Energiepreisschocks führten. All dies zusammen hat den Erholungskurs erheblich abgebremst.

Verschärft wurde die Situation durch einen inflationären Schub, der alle Wirtschaftsbereiche unter erheblichen Kostendruck setzte. Zwar profitierte die Saarindustrie über weite Strecken noch von einer hohen Inlandsnachfrage. Doch die gestiegenen Energiepreise, fortgesetzte Störungen der Lieferketten, steigende Zinsen und die nachlassende weltwirtschaftliche Dynamik haben die Unsicherheiten sukzessive vergrößert. In der Folge ist die Investitionsbereitschaft insgesamt erheblich gesunken. Die Industrie und der Export konnten daher auch in diesem Jahr nicht ihre volle Kraft als Treiber von Innovation, Wachstum und Beschäftigung entfalten. Vom privaten Konsum kamen angesichts der allgemeinen Teuerung und schwindender Konsumlaune ebenfalls keine substantiellen Impulse.

Dennoch rechnet die IHK Saarland für 2022 mit einem realen BIP-Wachstum von rund zwei Prozent im Saarland. Hiermit trägt die IHK auch den stimulierenden Effekten der expansiven Fiskalpolitik Rechnung, die von der Bundesregierung zur Krisenbewältigung eingesetzt wurde. Allerdings läge die Wirtschaftsleistung damit rund drei Jahre nach Beginn der Pandemie noch immer unter dem Vor-Corona-Niveau und auch – anders als im Bund – weiterhin unter dem Niveau der Weltfinanzkrise 2008/2009.

Das Jahr 2023 dürfte für die Saarwirtschaft ebenfalls kein einfaches werden. Denn neben den konjunkturellen Risiken müssen die Unternehmen auch noch die Herausforderungen der ökonomischen, ökologischen und digitalen Transformation bewältigen. Die verstärkten Klimaschutzanforderungen, die hohen Energiepreise,

der zunehmende Arbeitskräftemangel und steigende Zinsen werden die Kosten für die Unternehmen weiter erhöhen und damit den Spielraum für Investitionen und Beschäftigungsaufbau einengen. Angesichts der nach wie vor schwachen und unsicheren Weltkonjunktur sowie des vergleichsweise guten Ergebnisses 2022 rechnet die IHK Saarland deshalb für 2023 mit einer Wirtschaftsleistung in etwa auf dem Niveau dieses Jahres (minus 0,5 Prozent BIP-Wachstum). Das bedeutet im Grunde Stagnation. Allerdings auch nur unter der Maßgabe, dass der Ukraine-Krieg und die Spannungen im asiatisch-pazifischen Raum nicht eskalieren und es nicht zu einer Gasmangellage in Europa kommt. Die bestehende Wachstumslücke gegenüber dem Bund wird sich daher aller Voraussicht nach auch im nächsten Jahr nicht verringern.

Wiedererstarkter Export, aber weiterhin Handelsbilanzdefizit

Den Einschätzungen der IHK liegt eine detaillierte Analyse der saarländischen Industrie zugrunde. So konnte das Verarbeitende Gewerbe an der Saar 2022 bei Auftragseingängen und Umsätzen ein Plus verzeichnen. Während in den ersten zehn Monaten des Jahres die **Auftragseingänge** im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 7,5 Prozent (Bund: 7,1 Prozent) zugelegt haben, sind die **Umsätze** um 17,1 Prozent gestiegen (Bund: 16,9 Prozent). Dabei handelte es sich jedoch zu einem guten Teil um Preisniveaueffekte, denen erhebliche Kostensteigerungen bei Vorleistungen gegenüberstehen. Während der Inlandsumsatz im genannten Zeitraum um 17,7 Prozent (Bund: 18,4 Prozent) zulegen, stieg der Auslandsumsatz um 16,5 Prozent (Bund: 15,4 Prozent).

Rückenwind erhielten die **Ausfuhren** vor allem vom erneut starken US-Geschäft (+18,7 Prozent). Mit einem Exportvolumen von fast zwei Milliarden Euro liegen die Vereinigten Staaten mittlerweile im Ranking der wichtigsten Zielmärkte hinter Frankreich (2,3 Mrd. Euro, +18,3 Prozent gegenüber Vorjahr) und vor Großbritannien (1,1 Mrd. Euro, +10,5 Prozent) auf dem zweiten Platz. Positiv ist zudem, dass die Saarländische Wirtschaft auch im Jahr 2022 von einer starken Nachfrage auf den traditionell so wichtigen Zielmärkten der Eurozone wie Italien (+15,3 Prozent), Belgien (+14,7 Prozent), Niederlande (+12,4 Prozent) und Österreich (+12,0 Prozent) profitierte. Demgegenüber stagnierte vor dem Hintergrund der vergleichsweise schwachen konjunkturellen Entwicklung in China im Zuge der Null-Covid-Politik das Exportvolumen in das Reich der Mitte und liegt nun in etwa auf

dem Niveau des Vorjahres (-0,3 Prozent). Deutlich rückläufig waren die Ausfuhren dagegen nach Russland (-40 Prozent), dessen strukturelles Gewicht in der Exportbilanz des Saarlandes aber mit weniger als einem Prozent der Gesamtausfuhren zu vernachlässigen ist. Alles in allem beliefen sich die Exporte seit Januar dieses Jahres auf rund 14 Milliarden Euro. Angesichts des Handelsbilanzdefizits in Höhe von 266 Millionen Euro dürfte damit aber auch 2022 kein signifikanter Impuls vom Außenhandel zu erwarten sein.

Der Blick in die Branchen: Starkes Plus in der Stahlindustrie, Entwicklung in der Fahrzeugindustrie bereitet Sorgen

Trotz massiv gestiegener Erzeugerpreise und drohender Energieengpässe präsentierte sich das **Verarbeitende Gewerbe** auf Basis der Umsätze der ersten zehn Monate anders als befürchtet sehr robust. Alle drei Kernbranchen der Saarindustrie – Stahl, Maschinenbau und Fahrzeugbau – konnten Umsatzsteigerungen verzeichnen.

Die **Stahlindustrie** verbesserte ihre Erlöse sogar sehr deutlich gegenüber dem Vorjahr. Die Branche verzeichnete von Januar bis Oktober nach einem bereits sehr starken Vorjahr nochmals ein deutliches Plus von nun 39,6 Prozent. Ursächlich hierfür sind im Wesentlichen drei Faktoren: Der anhaltend weltweite Nachfrageboom nach Qualitätsstählen, das kriegsbedingte Ausscheiden des ukrainischen Wettbewerbers Asowstahl sowie die Renaissance der Windkraft.

Anders als im Vorjahreszeitraum, in dem die Umsätze um 3,3 Prozent rückläufig waren, konnte die **Fahrzeugindustrie** im Saarland nun wieder zulegen (+7,4 Prozent) und die durch Kurzarbeit und Lieferengpässe bei elektronischen Bauteilen zuvor verursachten Umsatzeinbrüche wieder ausgleichen. Nach Angaben des Verbands der Deutschen Automobilindustrie (VDA) wurden deutschlandweit im laufenden Jahr bisher 2,8 Millionen Fahrzeuge und damit zehn Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum produziert. Ungeachtet dieses Anstiegs befindet sich das Produktionsvolumen aber weiterhin auf vergleichsweise niedrigem Niveau – rund ein Drittel unter dem Vor-Corona-Niveau. Weiterhin dämpfen der Mangel an Vor- und Zwischenprodukten, die hohen Energie- und Rohstoffpreise sowie die allgemeine Verunsicherung aufgrund des andauernden Krieges in der Ukraine den Markt und die Produktion. All dies und der Trend in Richtung Elektromobilität sowie die Standortentscheidung von Ford zugunsten von Valencia wird nicht ohne Folgen für die

Zulieferindustrie im Saarland bleiben, die ohnehin schon unter einem enormen Anpassungsdruck steht.

Deutlich besser als im Vorjahr entwickelten sich die Umsätze auch im **Maschinen- und Anlagenbau** (+13,1 Prozent), bei den **Herstellern von Metallerzeugnissen** (+23,3 Prozent), in der **Gießereiindustrie** (+17,4 Prozent), in der **Keramikindustrie** (+9,5 Prozent) und in der **Ernährungsindustrie** (+5,8 Prozent).

Kaum Aufholchancen im neuen Jahr

Das Wachstum der Weltwirtschaft wird 2023 anhalten, wenn auch mit deutlich verlangsamten Tempo. So wird sich nach Prognosen der OECD das **Wachstum des globalen Sozialprodukts** von 3,1 Prozent in diesem Jahr auf 2,1 Prozent im nächsten Jahr abschwächen. Dagegen hat der **Welthandel** in diesem Jahr trotz zahlreicher Schockwellen überraschend stärker zugelegt als noch im Frühjahr angenommen. Die Welthandelsorganisation (WTO) rechnet für 2022 nun mit einem Wachstum im Warenhandelsvolumen von 3,5 Prozent. Drastische Bremsspuren erwarten die Ökonomen unter der Voraussetzung des andauernden Ukraine-Krieges und hoher Energiepreise dagegen für das kommende Jahr (+1,0 Prozent).

Dämpfende Effekte dürften insbesondere vom vergleichsweise schwachen Wachstum in China, der Rezession in Großbritannien, der Stagnation in der Eurozone und in den USA sowie der restriktiven Geldpolitik der Notenbanken ausgehen. Das Saarland ist mit seiner exportstarken Industrie den Widrigkeiten der Weltwirtschaft in besonderem Maße ausgesetzt. Angesichts des hohen Anteils des US-Geschäfts an den Gesamtausfuhren des Saarlandes rechnen wir allenfalls mit einer schwarzen Null. Der **Export** hat damit 2023 kaum Chancen, zum Wachstumstreiber der Saarwirtschaft zu werden.

Positive Effekte auf das Wachstum der Saarwirtschaft versprechen hingegen der von der Bundesregierung angekündigte Anstieg der öffentlichen Investitionen sowie die in Aussicht gestellten verbesserten Anreize für private Investitionen. Gerade das Bekenntnis zu mehr Tempo bei der Digitalisierung und vor allem zu vereinfachten Planungs- und Genehmigungsverfahren sind wichtige Anreize für mehr private **Investitionen** und damit für mehr Wachstum und Beschäftigung. Der in der Landespolitik vorherrschende Konsens zu einer öffentlichen Investitionsoffensive lässt ebenfalls Wachstumsbeiträge erwarten.

Entscheidend ist jedoch, dass die neue Landesregierung mit öffentlichen Leitinvestitionen in die Aufwertung des Standortes investiert. Denn nur ein attraktiver Standort wird private Investitionen anreizen – von bestehenden Unternehmen oder von neuen Investoren aus dem In- und Ausland.

Vom **privaten Konsum** werden dagegen auch 2023 allenfalls nur moderate Impulse ausgehen, da die unverändert hohe Inflation die Kaufkraft der Verbraucher erheblich verringert. Darüber hinaus wirken mehrere langfristige Entwicklungen dämpfend: Der Bevölkerungsrückgang und die Veränderung der Altersstruktur ebenso wie der anhaltende Trend zum Online-Einkauf, von dem überwiegend Händler außerhalb des Saarlandes profitieren.

Arbeitsmarkt 2023: Bis zu 1.000 Arbeitsplätze mehr möglich

Der saarländische Arbeitsmarkt hatte sich in den Jahren vor der Corona-Pandemie ausgesprochen robust entwickelt. Mit rund 32.200 Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt erreichte die Arbeitslosigkeit 2018 ihren bisherigen Tiefpunkt. Bei der Beschäftigung konnte 2019 mit durchschnittlich rund 393.200 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ein Allzeithoch erzielt werden. Die strukturellen Probleme in den Kernbranchen der Saarindustrie und die Pandemie setzten dieser Entwicklung im Jahr 2020 dann ein vorläufiges Ende, die Arbeitslosigkeit schnellte nach oben und die Beschäftigung brach kurzfristig ein. Seither befindet sich der saarländische Arbeitsmarkt in einer Erholungsphase und hat in diesem Jahr die Auswirkungen der Pandemie endgültig überwunden. Mit durchschnittlich etwa 33.000 Arbeitslosen und rund 392.500 Beschäftigten wurde das Vor-Corona-Niveau wieder erreicht. Trotz der Belastungen, die nach wie vor von den Transformationsprozessen in der Saarwirtschaft ausgehen, wäre die **Entwicklung 2022** wohl noch besser ausgefallen, hätten nicht die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine dem Arbeitsmarkt erneut einen Dämpfer verpasst. Hinzu kommen der andauernde Fachkräftemangel und die zum Teil immer noch bestehenden Probleme in den internationalen Lieferketten, die den Aufholprozess der Saarindustrie merklich behinderten.

Wohin sich der **Saar-Arbeitsmarkt 2023** entwickelt, hängt ganz wesentlich davon ab, wie die Saarwirtschaft mit den konjunkturellen und strukturellen Herausforderungen sowie mit den Auswirkungen des Ukraine-Krieges fertig wird. Dämpfend wirkt für viele Branchen auch

der zunehmende Mangel an Arbeitskräften. Dennoch dürfte wie schon im laufenden Jahr die hohe Nachfrage nach Arbeitskräften etwa im Gesundheits- und Sozialwesen sowie in der öffentlichen Verwaltung, aber auch in Teilen des Verarbeitenden Gewerbes und bei unternehmensnahen Dienstleistern weiter für einen Beschäftigungsaufbau sorgen. Für das kommende Jahr ist deshalb über alle Branchen gerechnet im Mittel mit einem Beschäftigungszuwachs von etwa 1.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen zu rechnen. Die Arbeitslosenquote dürfte nicht zuletzt wegen des weiteren Zuzugs von ukrainischen Flüchtlingen leicht steigen, aber deutlich unter der der Corona-Jahre liegen.

Erwartungen an die Landes- und Bundespolitik

Der Blick auf die saarländischen Wachstumszahlen unterstreicht den erheblichen Handlungsbedarf. Seit der Jahrtausendwende verzeichnet das Saarland noch nicht einmal ein **Drittelwachstum** gegenüber dem Bund – und alle Aufholversuche wurden durch die Krisen der letzten Jahre konterkariert. Doch ohne eine überdurchschnittlich starke und dauerhafte Wachstumsphase droht das Saarland in der Einkommensentwicklung und damit letztlich auch beim Steueraufkommen gegenüber dem Bund immer weiter zurückzufallen. Für einen nachhaltigen Aufholprozess ist daher vor allem eine **erhebliche Ausweitung privatwirtschaftlicher Investitionen erforderlich**. Um diese jedoch auszulösen, bedarf es einer **Aufwertung des Standorts**.

Zugleich muss aus Sicht der IHK die **strukturelle Transformation** so gestaltet werden, dass die Wettbewerbsfähigkeit des industriellen Kerns gesichert und zugleich die Wirtschaftsstruktur weiter diversifiziert wird. Dadurch würde der Standort resilienter gegenüber externen Schocks. Dies erfordert von der Landesregierung eine konsistente Strategie mit konkreten Projekten und prioritären Maßnahmen. Vor allem aber mutiges, entschlossenes und zielgerichtetes Handeln. Denn neue Technologien und Wettbewerber sowie die Verschärfung der Klimaschutzziele auf europäischer und nationaler Ebene setzen die Saarindustrie unter massiven Anpassungsdruck – insbesondere die Stahlindustrie und die Automobilwirtschaft. Es braucht daher rasch frische Impulse, um die Transformation zur klimaneutralen Wirtschaft zu bewältigen und tragfähige Zukunftsperspektiven für Innovationen, Wachstum, Beschäftigung und damit für mehr Wohlstand zu entwickeln. Bei alledem ist insbesondere die Politik gefordert. Durch die Gestaltung der Rahmenbedingungen muss sie dem Strukturwandel Schwung und Richtung verleihen.

Für die Landes- und Bundespolitik folgt daraus:

Landespolitik:

Die Landesregierung muss zügig ein **Standortsicherungskonzept** und einen klaren **Fahrplan** für das „Jahrzehnt der Investitionen“ vorgelegen. Dieser muss belastbare Aussagen dazu enthalten, welche Infrastrukturinvestitionen wann, wo und in welchem Umfang getätigt werden sollen. Aus Sicht der IHK ist es unerlässlich, dass angesichts der Investitionslücke gegenüber dem Bund, die sich seit 2004 einwohnerbereinigt auf über 2,4 Milliarden Euro vergrößert hat, die mittel- und langfristigen Investitionen des Landes und der Kommunen weiter deutlich gesteigert werden. Nur dann wird das Saarland im Standortwettbewerb punkten können.

Konkret spricht sich die IHK für folgende Maßnahmen aus:

- **Strukturelle Transformation begleiten und Industriestandort Saarland sichern**
Erfolgreiche strukturelle Transformation im Saarland bedeutet: Sicherung des Industriestandorts durch Bewahrung des industriellen Kerns bei gleichzeitiger Diversifikation der Wirtschaftsstruktur. Letzteres erfordert aufgrund der Branchengewichte insbesondere die Ansiedlung von innovativen Technologieanbietern für zukünftige nachhaltige Mobilität sowie die Etablierung „grüner“ Technologien. In diesem Zusammenhang wäre die erfolgreiche Ansiedlung von SVOLT ein wichtiges Signal, dass alle Politikebenen im Land den Strukturwandel ernsthaft angehen.

Zugleich sollte die Politik den Prozess der strukturellen Transformation auch dadurch begleiten, dass sie exzellente Bedingungen für neue **zukunftsweisende Wertschöpfungszentren** schafft – etwa in der Wasserstoff- oder in der Kreislaufwirtschaft. Hier besteht erhebliches Potential. Denn der Aufbau von Recyclingkapazitäten für Antriebsbatterien von Elektrofahrzeugen kommt in Deutschland nur schleppend voran. Das Saarland sollte daher bei der Schaffung entsprechender Entsorgungs- und Recyclinganlagen einen Gang höher schalten. Gelingt dies, könnte das Land auf diesem Gebiet im Verbund mit einer erfolgreichen SVOLT-Ansiedlung eine Pionierrolle einnehmen.

Dem Saarland mit seinen Wertschöpfungsschwerpunkten in der Stahlerzeugung und -verarbeitung, dem Fahrzeugbau und dem Anlagenbau bietet darüber hinaus die Wasserstoffwirtschaft enorme Chancen. Damit Wasserstoff aber zu einem Wachstumstreiber an der Saar werden kann, sind hierfür zügig die Grundlagen zu schaffen. Erforderlich ist eine konsistente und weitsichtige „**H2-Strategie 2030**“, deren Umsetzung Potentiale entlang der gesamten Wertschöpfungskette bietet.

Für die riesige Gestaltungsaufgabe bietet der geplante **Transformationsfonds** zahlreiche Chancen. Entscheidend ist, dass die Mittel zielgerichtet und mit enger Zweckbindung für den Strukturwandel in den Bereichen eingesetzt werden, wo sie die höchste regionalwirtschaftliche Dividende erzielen und die Finanzkraft des Landes langfristig stärken. Unter dieser Voraussetzung kann der Transformationsfonds zu einem ‘Mutmachfonds’ für unser Land werden.

- **Investitionsoffensive starten:** In weiten Teilen der Infrastruktur hat sich ein erheblicher Sanierungsstau aufgebaut – etwa bei Hochschulen, Schulen, Straßen, Brücken und Abwasserkanälen. Der Stand der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung kann mit den Ansprüchen der Unternehmen sowie der Bürgerinnen und Bürger an eine moderne Verwaltung in keiner Weise Schritt halten. Zudem fehlt es an hinreichenden Mitteln für strukturprägende Zukunftsinvestitionen (forcierter Ausbau des 5G-Mobilfunkstandards, Städtebauförderung, Kongress- und Messewesen, touristische Leitinvestitionen). Die Landesregierung muss daher endlich eine Investitionsoffensive starten, die erstens **die kommunalen Investitionsbudgets deutlich aufstockt** und zweitens durch mehr Investitionen in die Infrastruktur die Investitionslücke zum Durchschnitt der Länder schließt. Grundlage sollte eine Investitionsplanung mit klaren Prioritäten sein. Nur unter diesen Voraussetzungen wird es zu echten Innovationsschüben durch private Investitionen und zu einer weiteren Neuansiedlung zukunftssträchtiger Unternehmen kommen.
- **Standortkosten senken:** Allein bei der Gewerbesteuer müssen Unternehmen im Saarland eine jährliche Sonderlast in Höhe von rund 60 Millionen Euro bzw. 12 Prozent gegenüber ihren Wettbewerbern im Bund schultern. Die vergleichsweise hohen **Gewerbesteuerhebesätze** verringern die Chancen auf Ansiedlungen neuer Betriebe, schwächen die Investitionskraft bestehender Unternehmen und belasten

deren Wettbewerbsfähigkeit. Mit Blick auf die Standortattraktivität im Ganzen kommt erschwerend hinzu, dass das Saarland mit 6,5 Prozent auch noch die höchste Grunderwerbsteuer in Deutschland hat. Zudem liegen weitere Gebühren um ein Vielfaches höher als im Rest der Republik. Hierzu zählen etwa im Umweltbereich der Wassercent oder die pauschalen Kosten für wiederkehrende Umweltinspektionen. Andere Bundesländer verzichten teilweise ganz auf diese Gebühren.

- **Vorranggebiete für Industrie und Gewerbe reservieren:** Industrie- und Gewerbeflächen werden im Saarland zunehmend knapp. Dieser Flächenmangel droht damit zu einer weiteren Wachstumsbremse für das Saarland zu werden. Die Saarwirtschaft braucht daher dringend Flächen für Ansiedlungen und Erweiterungen in ausreichender Qualität und Quantität, die zudem kurzfristig verfügbar und planungsrechtlich abgesichert sind. Mit der Entwicklung des **Masterplans II Industrieflächen** hat die Landesregierung die Notwendigkeit einer vorausschauenden Flächenpolitik erkannt. Voraussetzung ist aber zugleich, dass der neue **Landesentwicklungsplan** endlich vorgelegt wird und in diesem dann auch tatsächlich Vorranggebiete für Industrie und Gewerbe in mindestens dem gleichen Umfang wie im bestehenden Plan reserviert werden. Denn die frühzeitige und **zukunftsgerichtete Flächenvorsorge** ist gerade in Zeiten struktureller Umbrüche eine ganz entscheidende Grundlage dafür, dass die Saarindustrie ihrer Rolle als Motor für Innovation, Wachstum und Beschäftigung gerecht werden kann.
- **Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung vorantreiben und Baukosten senken:** Neben der zügigen, saarlandweiten Realisierung des Projekts „Digitaler Bauantrag“ sowie der dringend gebotenen Verschlinkung der Landesbauordnung ist aus Sicht der IHK zur Reduzierung der Baukosten die Rückkehr zum Vier-Augen-Prinzip beim Brandschutz ebenso geboten wie mehr Entscheidungsfreude der Verantwortlichen auf behördlicher Ebene im Sinne einer „ermöglichenden Verwaltung“. Bauherren und Investoren brauchen zügig mehr Planungssicherheit. Anspruch muss es sein, dass das Saarland eine Landesbauordnung erhält, die zum Bauen animiert und in Bezug auf Digitalisierung, Verschlinkung der Bauprozesse und Kostensenkung im Baubereich bundesweit Best-Practice ist.

- **Die demographische Herausforderung meistern und die Fachkräftebasis sichern:** Vor dem Hintergrund des weiter sinkenden Erwerbspersonenpotentials und der Fortsetzung des Bevölkerungsrückgangs ist seitens der Landesregierung ebenfalls entschlossenes Handeln gefragt. Denn das Schrumpfen der Einwohnerzahl auf inzwischen 982.000 (Stand: Dez. 2021) bedeutet weniger Konsumenten sowie weniger Steuereinnahmen für Land und Kommunen. Zugleich verringert sich das Potential an Fachkräften. Für das Industrieland Saarland bleibt dabei insbesondere die Verfügbarkeit von Ingenieuren, Technikern und IT-Spezialisten eine zentrale Herausforderung. Erforderlich ist daher weiterhin eine quantitativ ausreichende wie qualitativ hochwertige MINT-Ausbildung an den Saarahochschulen, die sich hinsichtlich der Gestaltung der Studiengänge am Puls der Zeit orientiert, etwa beim Aufbau von Kompetenzen in den Bereichen Wasserstoff, Batteriezellfertigung und Circular Economy“.

Außerdem gilt es, die **berufliche Ausbildung** durch bessere **Berufsorientierung** in den Schulen zu stärken und die Rahmenbedingungen für eine höhere und produktivere Erwerbsbeteiligung voranzutreiben, das heißt insbesondere bessere Weiterbildungsmöglichkeiten und Betreuungsangebote zu schaffen – auch um die **Erwerbsbeteiligung von Frauen, Älteren und Migranten** weiter zu steigern. Da das endogene Arbeitskräftepotential aber selbst dann nicht reichen wird, ist die Landesregierung gefordert, rasch eine Fachkräfteanwerbestrategie mit dem Ziel zu entwickeln, im europäischen Ausland und in ausgewählten Drittstaaten junge qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen. Andernfalls droht die Gefahr, dass das Potentialwachstum des Saarlandes weiter sinken wird.

Appelle an den Bund:

Ungeachtet der jüngst beschlossenen Entlastungspakete des Bundes zur Abfederung der massiven Belastungen von Unternehmen und Verbrauchern im Zuge der erheblich gestiegenen Energiepreise, muss die Bundesregierung auf den wirtschafts- und steuerpolitischen Handlungsfeldern mehr Mut, Tatkraft und Umsetzungsstärke zeigen und die **Angebotsseite weiter stärken**.

Im Einzelnen appelliert die IHK an den Bund:

- Wer „Mehr Fortschritt wagen“ will, sollte im ökonomischen Bereich nicht auf schuldenfinanzierte Ausgabenprogramme und ordnungspolitischen Zwang setzen. Vielmehr gilt es, die **internationale Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Unternehmen** zu verbessern und zudem den **Freihandel** weltweit zu stärken. Zu letzterem zählt die rasche Ratifizierung des Handelsabkommens mit den Mercosur-Staaten sowie die Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen der EU und den USA mit dem klaren Fokus darauf gerichtet, Industriezölle zügig abzubauen.
- Positiv ist bereits jetzt zu werten, dass ein **Verzicht auf Steuererhöhungen** angekündigt wurde. Allerdings ist bislang nicht vorgesehen, das deutsche Unternehmenssteuerniveau auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau zu senken. Dies ist jedoch dringend notwendig, um die Investitionskraft und -bereitschaft der Wirtschaft zu stärken. Zur Entlastung beitragen würde auch eine **Absenkung der Energiesteuern** auf das europäische Mindestniveau.
- Dass die Ampel-Koalition vereinbart hat, die **EEG-Umlage** ab 2023 vollständig über den Bundeshaushalt zu finanzieren, wird die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen ein Stück weit verbessern – aber auch nur dann, wenn die Politik nicht an anderen Stellen die Kosten hochtreibt.
- Die Absicht, hochverschuldete, finanzschwache Kommunen zukünftig stärker als bisher gemeinsam mit den Ländern zu unterstützen, begrüßen wir ebenfalls sehr. Das kann **Haushaltsspielräume für mehr kommunale Investitionen** eröffnen und eine langfristige Investitionsplanung ermöglichen.